

Illnau-Effretiker Parlament sagt Ja zum Voranschlag 2018

Seltene Abstimmungsart über Steuerfuss

Nach einer siebenstündigen Budget-Debatte stimmten die Illnau-Effretiker Gemeinderäte für den Voranschlag 2018 und legten den Steuerfuss bei 113 Prozent fest. Emotionale Diskussionen kamen vor allem bei Solidaritätsbeiträgen auf, die letztlich nicht gestrichen wurden.

Der Steuerfuss spielt nur eine begrenzte Rolle für die Wahl eines Wohnorts: Das kam bei einem Quiz heraus, das Ratspräsident Erik Schmausser (GPL) zu Beginn der Illnau-Effretiker Budget-Debatte durchführte. «Von elf Auswahlkriterien ist der Steuerfuss auf Platz zehn. Viel wichtiger ist die gute Erreichbarkeit mit den öffentlichen Verkehrsmitteln», sagte er.

Die meisten Gemeinderäte schienen ebenfalls dieser Meinung zu sein. Sie folgten dem Antrag des Stadtrats, der eine Senkung um zwei Prozentpunkte auf 113 Prozent vorschlug. Eine Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission (RPK) war für einen Steuerfuss von höchstens 111 Prozent – unter anderem aus Gründen der Standortattraktivität, wie René Truninger für die RPK-Mehrheit sagte.

Vorfinanzierung erhöht

Bis der Steuerfuss zur Debatte stand, brauchten die Parlamentarier allerdings Sitzleder – sieben Stunden dauerte die Sitzung. Obwohl der Voranschlag 2018, der schliesslich angenommen wurde, erfreulich ist. Mit den vom Parlament genehmigten Änderungen, schliesst er bei einem Aufwand von 120,67 Millionen mit einem Plus von knapp 271'000 Franken. Vor den Änderungen durch das Parlament betrug der Ertragsüberschuss knapp 100'000 Franken. Finanzvorstand Philipp Wespi (JLIE) sprach vom besten Voranschlag seit Jahren.

Eigentlich hätte die Stadt ein grösseres Plus schreiben können. Stattdessen ist eine Vorfinanzierung von drei Millionen Franken für die Sanierung der Schulanlage Watt geplant. Ursprünglich waren dafür 2,6 Millionen vorgesehen. Doch Andreas Hasler (GLP) stellte für eine RPK-Minderheit den Antrag, den Betrag zu erhöhen. Denn zum Zeitpunkt, als der Posten diskutiert wurde, waren bereits Änderungsanträge genehmigt worden, die das Budget verbessern. Wespi begrüsst diese Erhöhung der Vorfinanzierung.

«Welch eine Lüge»

Schon in der Eintretensdebatte wurde klar, woran sich viele Gemeinderäte störten: an den Menge von Änderungsanträgen der RPK, insgesamt 35. Die meisten betrafen Kürzungen oder Streichungen, die von einer RPK-Mehrheit verlangt wurden. Nur etwa zwölf kamen letztlich durch. Einige wurden von der RPK-Mehrheit an der Sitzung zurück gezogen. Zum Beispiel, weil sie nicht zulässig waren.

Kommissionsmitglied Adrian Kindlimann sagte, die RPK mache sich unglaubwürdig, wenn sie trotz des guten Budgets Kürzungen und Streichungen beantrage. «Die Zitrone ist ausgepresst, das habe ich schon in der Diskussion zum Budget 2016 gesagt.» Stefan Hafen (SP) sprach von «unverhältnismässigem Sparwahn», von einem chronischen Misstrauen in den Stadtrat und von «Demontage nach Plan». «Was wir hier erleben ist ein bewusstes Ausbluten von wichtigen Leistungen für die Menschen in unserer Gemeinde.» Das werde von der bürgerlichen Seite unter dem Motto «attraktiver Standort» verkauft. «Welch eine Lüge», sagte Hafen.

Weniger drastisch formulierte es Matthias Müller (CVP), der erstaunt war, dass die «SVP und die FDP nicht hinter der soliden Vorlage» stehen können. «Wenn sich Parteien einen Wettstreit um den tiefsten Steuerfuss liefern, sind die Wahlen nicht weit.»

Kein Geld verpassen

Diesen Meinungen gegenüber stand René Truninger, ebenfalls RPK-Mitglied, der sagte: «Wir haben im Budget viel Luft nach oben.» Auf Nice-to-have-Anschaffungen, die der Bevölkerung nichts bringen würden, sei zu verzichten. Hansjörg Germann (FDP) war wie Truninger für eine stärkere Senkung des Steuerfusses und sagte: «Wenn viel Geld herumliegt, besteht das Risiko, dass es verprasst wird.»

Im Gegensatz dazu sagte Finanzvorstand Wespi einleitend, dass die Verwaltung mit dem Budget umgehen könne. «Nur weil ein Betrag gewährt wird, heisst das nicht, dass jeder Rappen ausgegeben wird.» Er plädierte für Vorsicht bei der Festlegung des Steuerfusses. Man könne immer noch «nachjustieren», wenn es angebracht sei.

Entwicklungsprojekte bleiben

In der Detailberatung lösten einige Änderungsanträge der RPK-Mehrheit besonderes viel Unverständnis aus. Zum Beispiel die Vorschläge, den städtischen Beitrag für Partnerschaften Inland zu kürzen und die Entwicklungsprojekte zu streichen. «Wir sind weder böse noch Unmenschen», sagte Peter Wohlgensinger (SVP) für die RPK-Mehrheit. «Aber Bund und Kantone machen bereits viel. Das ist nicht Aufgabe der Gemeinde.»

Andreas Hasler fand es «unglaublich paradox», dass das Parlament gerade im Moment, in dem es der Stadt finanziell gut gehe, einen Solidaritätsposten streichen will. Die Voten vermochten das Parlament zu überzeugen. Die Kürzung für Partnerschaften Inland wurde abgelehnt, die RPK-Anträge zu den Entwicklungsprojekten wurden zurückgezogen. Der Betrag von 60'000 Franken bleibt im Budget.

Den Kyburgern etwas zurückgeben

Dasselbe gilt für den Beitrag für die Kyburgiade von 10'000 Franken, den die RPK-Mehrheit streichen wollte. Zudem wird die Stadt den Verein Museum Schloss Kyburg mit 20'000 Franken unterstützen. Auch dort beantragte die RPK-Mehrheit eine Kürzung auf 5000 Franken. Stadtpräsident Ueli Müller (SP) bat das Parlament, beide Beträge wie vom Stadtrat vorgeschlagen im Budget zu belassen. «Die Kyburger bringen uns zusätzliche Steuereinnahmen von 1,2 Millionen Franken. Davon können wir auch etwas in Kyburg ausgeben.»

Die RPK-Mehrheit verlangte auch Kürzungen bei der Sozialhilfe. Diese wurden jedoch ebenso abgelehnt wie die Kürzung des Betrags für Deutschkurse und Beschäftigungsmassnahmen für Asylbewerber.

«Wie auf dem Basar»

Erst nach Mitternacht kam es zur Debatte um den Steuerfuss. Eine RPK-Mehrheit verlangte einen Steuerfuss von höchstens 111 Prozent, eine Minderheit wollte dem Stadtrat folgen und den Steuerfuss um 2 Prozentpunkte senken und eine weitere Minderheit war dafür, den Steuerfuss bei 115 Prozent zu belassen. Wobei sich die RPK-Mehrheit zuerst nicht auf einen konkreten Steuerfuss festlegen wollte. «Das überlassen wir den Fraktionen», sagte RPK-Präsident Michael Käppeli (FDP).

Erst auf Drängen von Adrian Kindlimann und Ratspräsident Schmausser, die sagten, man könne nicht über «höchstens» etwas abstimmen, entschied sich die RPK-Mehrheit für 111 Prozent. Die FDP/JLIE-Fraktion hatte ein weiteres Angebot bereit: einen Steuerfuss von 112 Prozent. «Wir dürfen etwas mutiger sein als der Stadtrat», sagte Claudio Jegen (JLIE). Bei einer Senkung um vier Prozentpunkte sei unsicher, ob man den Steuerfuss mittelfristig halten könne.

Adrian Kindlimann und die SP/Juso-Fraktion wollten den Steuerfuss ursprünglich bei 115 Prozent belassen. «Ich komme mir vor wie auf dem Basar. Wir sind kompromissbereit und stimmen für 113 Prozent.» Das gleiche erwarte er auch von der FDP/JLIE-Fraktion.

Geheime Abstimmung oder per Namensaufruf

Von den drei Steuerfussanträgen fiel derjenige der FDP/JLIE-Fraktion weg, weil er mit neun Stimmen am wenigsten befürwortet wurde. Als es um den Entscheid zwischen den verbleibenden Steuerfuss-Anträgen ging, stellte Matthias Müller den Antrag für eine geheime Abstimmung. Um dies zu verhindern stellte wiederum René Truninger den Antrag für eine Abstimmung per Namensaufruf. Seine Variante wurde mit 18 zu 17 Stimmen bevorzugt. Jeder Gemeinderat musste einzeln seine Stimme abgeben. Eine Abstimmung, die die wenigsten Illnau-Effretiker schon einmal erlebt haben. «Beim Steuerfuss soll jeder zu seiner Meinung stehen können», so Truninger.

Der Entscheid war denkbar knapp: Mit 18 zu 17 Stimmen sprachen sich die Gemeinderäte für den Steuerfuss von 113 Prozent aus. Dafür waren die SP/Juso-Fraktion, die BDP, CVP, EVP, GLP und GP. Wenig erstaunlich stimmten die meisten Gemeinderäte der SVP, FDP und JLIE für 111 Prozent. Die Ausnahme war Katharina Morf (FDP). Sie war damit das Zünglein an der Waage. An der Schlussabstimmung wurde der Voranschlag 2018 grossmehrheitlich angenommen.

Gekürzte Beträge im Voranschlag 2018

An der Parlamentssitzung wurde der Betrag für Projektaufwendungen Eingemeindung Kyburg von 70'000 auf 10'000 Franken gekürzt. Auch bei den Saläranpassungen für das Verwaltungspersonal wird gespart. Der Betrag wurde um 30'000 auf 100'000 Franken reduziert. Der Betrag für den baulichen Unterhalt der Liegenschaften im Verwaltungsvermögen wurde um 80'000 auf 350'000 Franken gesenkt. Ähnlich sieht es beim Posten baulicher Unterhalt Alterszentrum Bruggwiesen aus, der von 269'000 auf 195'000 Franken gekürzt wurde.

Der Unterhalt der Minigolfanlage darf nur noch 10'000 Franken anstelle von 50'000 Franken kosten. Auch das Argument von Jugend- und Sportvorstehen Marco Nuzzi (FDP) halft nichts. Er sagte: «Ihr straft die Nutzer, nicht den Stadtrat.»

Gestrichen wurde der Betrag von 20'000 Franken für eine Softwareanpassung für die Verwaltung, was Peter Vollenweider (BDP) als Witz bezeichnete. «Da wird verlangt, dass das Verwaltungspersonal nicht ausgebaut wird. Eine Software, mit der man Personalkosten sparen kann, will man aber nicht.» Auch ein Ticketsystem im Stadthaus für 62'000 Franken brauche es nicht, fanden die Gemeinderäte grossmehrheitlich.